

Alois Rummel

Rainer Barzel:

„Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“.

Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973,

bearbeitet von Günter Buchstab mit Denise Lindsay, herausgegeben von Günter Buchstab, Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Band 56, Droste-Verlag, Düsseldorf 2010, 1593 Seiten, 89,00 Euro.

Man erinnere sich an die Bundestagswahl vom 28. September 1969, 23.58 Uhr: Zwei oder drei Minuten lang war der damalige Kanzler der Großen Koalition und Vorsitzende der CDU, Kurt Georg Kiesinger, der große Gewinner dieser Wahl. Ein Glückwunschtelegramm des damaligen amerikanischen Präsidenten Lyndon B. Johnson zum Wahlsieg Kiesingers krönte die jubelnde Stimmung im ehemaligen Bonner Haus der CDU in der Adenauerallee. Sektkorken in Fülle waren

längst geöffnet – und was geschah? Sekunden später kam der damalige Sprecher der Bundesregierung Günter Diehl mit einer Meldung der Deutschen Presse-Agentur ins Zimmer des Parteipräsidiums. Diehl sagte mit heiserer, aber alle Anwesenden schockierender Stimme: „Herr Bundeskanzler, Sie sind nicht mehr Bundeskanzler.“ Was war in der Zwischenzeit geschehen? Willy Brandt, der Vorsitzende der SPD, und Walter Scheel, der Vorsitzende der FDP, hatten sich geeinigt, die Große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD nicht mehr fortzusetzen, sondern eine Koalition mit neuem Zuschnitt zu bilden, nämlich zwischen den Sozialdemokraten und den Freien Demokraten. Alle Anwesenden, natürlich an der Spitze Kurt Georg Kiesinger, waren bis ins Mark schockiert. Kiesingers Antlitz färbte sich blass und blasser. Die Sensation war perfekt: Nicht das Wählervolk, sondern parteipolitischer Egoismus – und natürlich parteipolitische Übereinstimmung, zum

Beispiel in einer sogenannten „neuen Ostpolitik“ – gab den Ausschlag. Die CDU hatte knapp die absolute Mehrheit der Mandate verfehlt, und die Freien Demokraten erlitten ein Debakel: Sie stürzten von 9,5 Prozent (1965) auf 5,8 Prozent ab, wurden also fast halbiert und erhielten nur dreißig Mandate. Aber immerhin, SPD und FDP zusammen hatten eine Mehrheit von zwei Stimmen.

Ein Protokollbuch der verschiedensten Gremien aller Parteien eignet sich ganz gewiss nicht zur behaglichen Einschlaflektüre, es gibt aber auch Bände, die weniger ihres spannenden oder sachkundigen Inhalts wegen Aufsehen erregen, sondern mit hunderte-fältigen Fußnoten, also dem sogenannten Apparat. Solche sorgfältigen Erleichterungen sind hilfreich wie ein Kompass in verwirrenden Diskussionen uneiniger und enttäuschter Kommissionsmitglieder (dies gilt für Niederschriften aller Parteien), weil nämlich derartige Protokolle oder Tagebücher immer ein

Spiegelbild der Zeitgeschichte und der parteipolitischen Perspektive sind – in diesem Fall verantwortlich und sachkundig bearbeitet von Günter Buchstab mit Denise Lindsay. In seiner Einleitung zu diesem sorgfältig editierten Band schreibt Buchstab: „Die Bundestagswahl vom 28. September 1969 bedeutet für die bis dahin erfolgsgegewohnten Unionsparteien einen tiefen Einschnitt.“

„Mehrheit ist Mehrheit“

Kommt der Leser auf Seite 1 zur Lektüre der Wortlautprotokolle, stellt er mit Überraschung fest: Es herrschten in dieser ersten Vorstandssitzung nach der gewonnenen/verlorenen Bundestagswahl eine geradezu unglaubliche Ruhe, Nüchternheit und Unaufgeregtheit. Kurt Georg Kiesinger, der Vorsitzende und „Gewinnverlierer“, sagte ganz gelassen: „Alles in allem [...] ist ja die Wahl [...] sehr gut gelaufen.“ Es stimmt: Die Unionsparteien haben ihre Position behauptet oder noch verbessert. Und jetzt, nach dem Wahlsonntag, bleibt nichts anderes übrig als „abzuwarten“. Dies gilt zumindest aus der Perspektive demokratischer Spielregeln, wonach der regiert, der die Mehrheit hat – dies war nach dieser Wahl eben nicht mehr die Union; die Mehrheit lag knapp, aber eindeutig bei

den Sozialdemokraten und den Freien Demokraten. Dass Willy Brandt an die Macht drängte, ist verständlich, dies unter Mitwirkung des damaligen FDP-Vorsitzenden Walter Scheel. Das entspricht demokratischen Grundregeln. Herbert Wehner, der knorrige, politikerfahrene und unbeliebte Fraktionsvorsitzende der SPD im Deutschen Bundestag, fand die richtige Formel: „Mehrheit ist Mehrheit.“

Offensichtlich am schnellsten hat sich der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Rainer Barzel, erholt. Er erklärte kühl: Man müsse als Arbeitsziel erreichen, „daß mindestens das Gespräch mit uns eröffnet werden kann“. Die wörtliche Lektüre des Protokolls zeigt: Der CDU-Vorstand ist gleichzeitig schockiert und zuversichtlich. Aber jeder-mann weiß: Zuversicht ist manchmal Glückssache – keiner der verantwortlichen Wunschkoalitionäre hat mit den offiziellen Repräsentanten der Union auch nur ein Wort gesprochen. Die Herren Brandt und Scheel haben das getan, was ihnen oblag, nämlich ein neues Regierungsprogramm zu entwickeln, sich über Personalien zu einigen und die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass die Neuakzentuierung der künftigen Innen- und Außenpolitik anders

eingefärbt sein müsse als in der Zeit der Großen Koalition.

Andersgeartete Koalition

Schon wenige Tage nach dieser „andersgearteten Koalition“ sagte Herbert Wehner vor der Bundespressekonferenz pathetisch: „Die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre werden wir nicht mehr aus der Hand geben. Die CDU soll lernen, daß deutsche Demokratie ohne Opposition nicht funktionieren kann.“ Herbert Wehner hat recht behalten. Es konnte also keine Rede davon sein, dass die Bonner Republik nur dann funktioniert, wenn sie von den Unionsparteien regiert wird. Demokratie ist nie eine Staatsform nur für sogenannte gute Zeiten, sondern sie sucht und braucht nach ganz normalem Abnutzungsprozess immer wieder neue Gesichter, neue Ideen und unerwartete Weichenstellungen. „Auf den Kanzler und die Regierung kommt es an“, meinte vor der Wahl der beliebte Kurt Georg Kiesinger.

Kein bloßer „Aktendeckel“

Dieser mühsam zu lesende Protokollband liefert eine sogenannte „Jetzt-Protokollierung“. Konkret: Auf diesen 1600 Seiten wird eine Phase der deutschen Geschichte

geschrieben. Das Ganze ist also kein „Aktendeckel“, sondern ein Nachvollzug demokratischer Entwicklung. In diesem Zusammenhang muss mit Nachdruck noch einmal die neue „deutsche Ostpolitik“ genannt werden. Sie war über spannende Jahre hinweg der eigentliche Konfliktstoff zwischen der neuen Bundesregierung dank Brandt, Scheel und der Opposition durch die Unionsparteien. Willy Brandt und Walter Scheel haben Prioritäten gesetzt, die in den Zeiten Konrad Adenauers, Ludwig Erhards und Kurt Georg Kiesingers eine ganz an-

dere Rolle gespielt hatten. Das Verhältnis zu Moskau und den Ostblockstaaten entspannte sich. Auch die damalige sogenannte 68er-Generation stand den Sozialdemokraten näher als der CDU/CSU-Union. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass es bereits in einigen Reden von Bundeskanzler a. D. Kurt Georg Kiesinger Ansätze für eine Veränderung gab.

Das gesamte Buch enthält also kein präzises Regierungsprogramm für die deutsche Zukunft, sondern entspricht dem Wirrwarr, den Höhen und Tiefen einer in der Oppo-

sition sich regenerierenden Unionspartei. Die von Willy Brandt und Walter Scheel eingeleitete Entspannungseuphorie war rundherum erfolgreich. Auch die Unionsparteien, also CDU und die bayerische CSU, hatten für sich Gewinn gezogen: Sie waren wieder attraktiver und glaubwürdiger geworden. Dieses vorliegende Protokoll aus den Anfangsjahren ihrer Oppositionszeit brachte viele spannende Einblicke in einen wichtigen Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte. Zu rühmen bleibt auch die übersichtliche Präsentation dieser Protokolle.

Teilbarer Besitz

„Heimat ist, was man schmerzlich vermisst. Das haben im Jahrhundert der Völkervertreibungen viele erfahren müssen. Oft genug suchte das schlechte Gewissen der Täter nach harmlosen Umschreibungen. Da sprach man im Nachhinein von „Wanderschaft“, „Umsiedlung“, „Bevölkerungstransfer“ oder „ethnischer Säuberung“, als hätte man in der Küche die Platte mit Glänzer geputzt.

Wer einen Menschen vernichten will, beraubt ihn zuerst seiner Heimat. Doch der Mensch ist stärker. Auch die Fremde kann ihm zur Heimat werden.

Heute streitet niemand mehr, ob es Wroclaw oder Breslau heißt, Danzig oder Gdansk. Die heute dort wohnen haben die Städte, die jetzt ihre Heimat sind, mit Kirchen, Bürgerhäusern und Denkmälern aus alter Zeit wieder aufgebaut und betrachten diese Vergangenheit als Teil ihrer eigenen Heimat-Geschichte. Die Liebe zur Heimat kann Menschen miteinander versöhnen, denn Heimat ist ein Besitz, den wir mit anderen teilen können“.

Ernst Elitz in „Wir sind Heimat – Annäherungen an einen schwierigen Begriff“

Herausgegeben von Hans-Gert Pöttering und Joachim Klose, Sankt Augustin, Berlin 2012